



Niederschrift 20. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 17.11.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:23 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Angela Rößler	DIE aNDERE
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tiemo Reimann	SPD
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Helmar Wobeto	AfD

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE
Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis
Herr Robert Sperfeld	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ariane Wargowske	CDU
Herr Horst Volker Zimmermann	Freie Demokraten

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner	Bürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen
---------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss	SPD	entschuldigt
--------------------------------	-----	--------------

Vertreter der Beiräte

Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt
---------------------	----------------	--------------------

Schriftführer/in:

Herr David Gast

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
06.10.2021
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP
fördern
Vorlage: 21/SVV/0851
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen
 - 4.2 Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0858
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.3 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt
Vorlage: 21/SVV/0862
Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 4.4 Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte
Vorlage: 21/SVV/0963
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 4.5 Zuschuss zum Mittag in Höhe der durchschnittlich ersparten
Eigenaufwendungen in den sechs Potsdamer verlässlichen Halbtagsgrund-
schulen (VHG) noch im laufenden Schuljahr (2021/22) ; stadtweite
Gleichbehandlung
Vorlage: 21/SVV/1027
Einreicher: Fraktion DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen
- 4.6 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von
Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen,
Spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen
der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/1054
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 4.7 Übernahme von Erschließungskosten für städtisches Grundstück Angergrund
Vorlage: 21/SVV/1092
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.8 Abfallgebührensatzung 2022
Vorlage: 21/SVV/1113
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 19. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.10.2021

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 Mitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

Die öffentliche Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom Niederschrift vom 06.10.2021 wird von den Ausschussmitgliedern mit sechs Zustimmungen und einer Enthaltung bestätigt. Es bestehen keine Anmerkungen.

Anschließend informiert Herr Dr. Wegewitz den Ausschuss zu einem Rückstellungsantrag des Tagesordnungspunktes 4.4 „Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte“ (21/SVV/0963).

Der Rückstellungsanträge wurde einstimmig von den Ausschussmitgliedern angenommen.

Die geänderte Tagesordnung wird von den sieben anwesenden Ausschussmitgliedern mit sechs Zustimmungen und einer Enthaltung bestätigt.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Exner.

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation im ersten Teil die aktuelle Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam. Wesentliche Inhalte sind die Gewerbesteuerentwicklung des Jahres 2021 im Vergleich zu den Vorjahren sowie die Allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2021 und ein Ausblick der Jahre 2022 bis 2025.

Im zweiten Teil der Präsentation stellt Herr Exner eine erste Auswertung der Steuerschätzung aus dem November 2021 vor. Die neue Prognose bringe keine neuen Spielräume.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern

Vorlage: 21/SVV/0851

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt den Antrag in geänderter Fassung vor.

Der Prüfauftrag sei mit dem KIS abgestimmt. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage in geänderter Fassung zur Abstimmung und schließt nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Vermietung bzw. Verpachtung (Neuverpachtung und Pachtverlängerungen) kommunaler landwirtschaftlicher Flächen (Ackerland und Grünland) neu geregelt werden kann, mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen Flächen.~~

~~Dazu soll insbesondere eine Konzeptvergabe nach gemeinwohlorientierten Kriterien bei der Ausschreibung Förderung der Schaffung von sinnvollen Bewirtschaftungseinheiten, Flächentausch etc. geprüft werden.~~

~~Dabei sollen relevante Akteur:innen (wie z.B. NABU Fairpachten; ABL (Arbeitskreis Bäuerliche Landwirtschaft), FINC, Ökonauten e.G. etc.) beratend einbezogen werden.~~

~~Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) und dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) soll regelmäßig berichtet werden.~~

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Verpachtung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP neu geregelt werden kann (z.B. über einen Zwischenpachtvertrag oder eine Auftragsverwaltung), mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen landwirtschaftlichen Flächen. Ziel sollte dabei die Formulierung von einfach zu vollziehenden sozial-ökologischen Kriterien sein, an deren Einhaltung die Verpächter:innen gebunden werden sollen.~~

~~Geprüft werden soll dabei auch, unter welchen Bedingungen und in welchem Turnus Pachtverträge neu ausgeschrieben werden.~~

~~Dabei sollen relevante Akteur:innen einbezogen werden.~~

~~Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist bis zum III. Quartal 2022 zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

~~Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/0851 in geänderter Fassung.~~

zu 4.2 Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0858

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt den Antrag in geänderter Fassung vor.

Herr Anderka (Fachbereich 46) teilte dem Vorsitzenden vor der Sitzung mit, dass durch die Vorlage keine zusätzlichen Kosten entstünden. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage in geänderter Fassung zur Abstimmung und schließt nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt:~~

- ~~1. Zur intensiveren Nutzung von Solarenergie in der Landeshauptstadt Potsdam eine Potenzialflächenanalyse für Freiflächen-Solaranlagen zu erstellen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.~~
- ~~2. Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen~~

~~(z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.~~

- ~~3. Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.~~

~~Der Stadtverordnetenversammlung sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis spätestens im Frühjahr 2022 über den Projektfortschritt zu berichten.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung der von der Verwaltung vorgelegten Potentialflächenanalyse (DS 21/SVV/0911) darüber hinaus folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen (z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.
2. Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/0858 in geänderter Fassung.

zu 4.3 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt

Vorlage: 21/SVV/0862

Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Es folgt eine kurze Diskussion. Frau Bartelt hätte gerne einen Hinweis für die zu erwartenden Kosten und es gebe bereits eine Allgemeine Sozialberatung in anderen Städten. Herr Reimann erläutert den weiteren Hintergrund zu der Vorlage.

Daraufhin äußert Herr Berlin, dass die Verwaltung bereits überlastet sein und dass der Allgemeine Sozialdienst notwendig für die Stadt sei. Herr Berlin stellt dann einen Antrag auf Zurückstellung, der in der anschließenden Abstimmung mit zwei Zustimmungen, drei Ablehnungen und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung und beendet nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie und wann im Stadtteil Schlaatz ein Allgemeiner Sozialdienst (ASD) etabliert werden kann.

Dieser soll eine Anlaufstelle sein für Menschen mit Bedarfen an sozialen Hilfen, denen eine entsprechende Hilfe oder wirtschaftliche Unterstützung vermittelt werden muss. Der Allgemeine Sozialdienst dient somit als netzwerkübergreifende Vermittlungsstelle, um die vielfältigen staatlichen (Hilfe zur Erziehung, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfen u.v.a.) und städtischen Hilfen der Landeshauptstadt (soziale Beratungsangebote) zu vermitteln. Der ASD ist auch aufsuchend mit Hausbesuchen tätig und kooperiert mit den einschlägigen sozialen Diensten. Der Schlaatz soll als Modellprojekt starten und sukzessive soll der ASD dann auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/0862.

zu 4.4 Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Vorlage: 21/SVV/0963

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Zu Beginn der Sitzung ist die Vorlage DS 21/SVV/0963 zurückgestellt worden.

zu 4.5 Zuschuss zum Mittag in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen in den sechs Potsdamer verlässlichen Halbtagsgrundschulen (VHG) noch im laufenden Schuljahr (2021/22) & stadtweite Gleichbehandlung

Vorlage: 21/SVV/1027

Einreicher: Fraktion DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Pfeiffer (Fachbereich 23) das Wort.

Herr Pfeiffer berichtet, dass von einer Anwaltskanzlei ein Gutachten angefragt wurde. Das Ergebnis sei, dass nach Landesregelung bei einem angemessenen Preis Kinder Mittag essen können. Es sei eine Vollkalkulation erstellt worden, die keine Verteuerung und damit keine zusätzliche finanzielle Auswirkung bedeute. Die Mittel stehen bereits im Haushalt-

Die Mittel stehen bereits im Haushalt-

Herr Dr. Wegewitz führt fort, dass die Ausführung daher auch in der Hand des Ausschusses liege.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung und beendet nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Hortkinder der 6 Potsdamer verlässlichen Halbtagsgrundschulen (VHG) eine Umsetzung der Mittagsverpflegung wie in allen anderen Horteinrichtungen zum laufenden Schuljahr (2021/22) sicherzustellen. Es ist auch für diese Familien nur ein Essengeld in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Finanzen stimmt einheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/1027.

zu 4.6 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, Spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/1054

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Jekel (Fachbereich 38) das Wort. Herr Jekel erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation.

Frau Bartelt fragt nach der Kostenkalkulation der Plätze. Die vorgehaltenen Plätze sollen Berechnungsgrundlage sein. Herr Jekel antwortet, durch die sogenannten „fehlbelegten“ Plätze würden die Preise künstlich verteuert. Andersherum würden die Preise bei Erweiterung der Rahmenbedingungen künstlich vergünstigt. Eine Fehlbelegung seien quasi Wohnungslose. Zusätzliche Plätze seien aus dem erhöhten Aufnahmesoll benötigt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung und beendet anschließend den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, Spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung für Flüchtlingsunterkünfte)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/1054.

zu 4.7 Übernahme von Erschließungskosten für städtisches Grundstück Angergrund

Vorlage: 21/SVV/1092

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Richter das Wort.

Herr Richter erläutert, dass es hier im Vertrag eine eindeutige Regelung mit Zwischenpächter, der VGS, gibt. Demnach sei der VGS verantwortlich für die Anschlusskosten. Das bedeute, sofern die LHP die Kosten übernehme, es sei als eine zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt zu werten. Zudem würde ein

Präzedenzfall für die künftige Zusammenarbeit mit allen Sparten geschaffen, sodass hier ungewisse Kosten entstehen könnten.

Herr Berlin äußert, dass die LHP ein Zeichen setzen soll. Es habe Symbolcharakter, um die Kleingärten zu erhalten.

Herr Dr. Wegewitz sei bereits in Abstimmung mit Herrn Berlin gewesen und möchte klarstellen, dass es sich hierbei um einmalig anfallende Anschlusskosten handelt.

Herr Exner erläutert, dass es hierbei nicht um eine öffentlich-rechtliche Erschließung, sondern um eine private Erschließung geht. Kosten wie für Stromanschlüsse und Wasserversorgung seien vom Zwischenpächter zu tragen. Es handele sich insgesamt um 129 € jährliche Pachteinahmen von dem Zwischenpächter. Eine zeitliche Refinanzierung sei da sehr schwierig.

Herr Richter ergänzt, dass der VGS zudem ein sehr mitgliedstarker Verein ist und wiederholt nochmal, dass es nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz künftig schwierig werden würde, bei anderen ähnliche Anträge abzulehnen.

Frau Bartelt fragt, ob es hierzu eine Stellungnahme des Pächters gibt, die Kosten selbst zu tragen. Oder um den Präzedenzfall zu umgehen, soll der Träger sich mit einem Antrag an die entsprechende Stelle richten.

Herr Zimmermann äußert zur Symbolwirkung. Diese seien eher durch Beschlüsse zu erreichen.

Herr Richter antwortet auf Frau Bartelt, dass es keine Stellungnahme des VGS gibt und fragt zurück, welche Stelle dafür denn verantwortlich sei.

Herr Berlin stellt einen Antrag auf Zurückstellung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung. Nach der Abstimmung schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Erschließungskosten für das städtische Grundstück der Kleingartensparte Angergrund aus der Stadtkasse übernehmen zu lassen.

Es handelt sich um 4.733,39 Euro für die Erschließung mit elektrischem Strom und die Inbetriebnahme von Wasserpumpen für die Wasserversorgung der Kleingärten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

Der Antrag auf Zurückstellung der Vorlage DS 21/SVV/1 ist angenommen.

zu 4.8 Abfallgebührensatzung 2022

Vorlage: 21/SVV/1113

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Frau Grochowski und Frau Wiedemann (Fachbereich 32) das Wort.
Frau Wiedemann erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Es gibt keine Anmerkungen. Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung und beendet nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) 2022

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage DS 21/SVV/1113.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.
Herr Exner äußert, dass die Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2022 am 01. Dezember 2021 erfolgen soll. Am Montag würde der Entwurf zu den Fraktionen gereicht werden können. Am morgigen Donnerstag, dem 18.11.2021 sei eine Pressekonferenz mit der Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs eingeplant.
Der Ausschussvorsitzende beendet den Tagesordnungspunkt und damit den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ausschussvorsitzender

Schriftführer